

/// Was ist Populismus?

VOLK UND FEIND

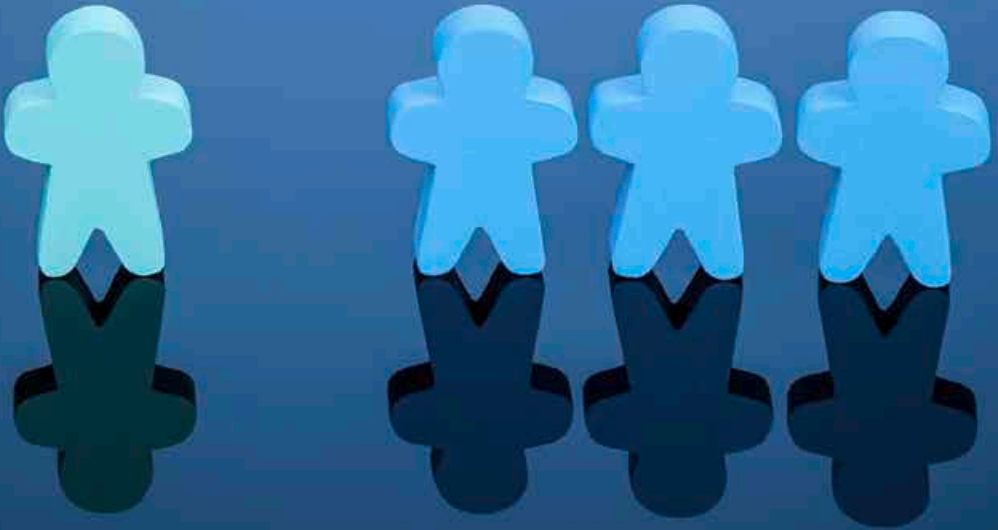
JÜRGEN P. LANG /// Populist zu sein, ist modern geworden – und für den einen oder anderen eine Tugend. Wer sich so nennt, sieht sich als wahrer Demokrat, als Anwalt der Volksinteressen, als Beschützer der Wir-Identität aller Hinters-Licht-Geführten vor korrupten Machthabern. Der moderne Populismus ist aber mehr: Er will eine völlig neue Gesellschaft. Hauptziel seines Angriffs ist der Liberalismus. Aus dieser Perspektive erscheint er nicht mehr nur als neues Phänomen. Er steht in derselben geistigen Tradition wie der Extremismus.

Alexander Gauland und Chantal Mouffe: Zwei Köpfe, wie sie verschiedener nicht sein könnten. Der eine weit rechts, die andere weit links. Und doch haben sie viel gemeinsam. Sie sind Strategen des Populismus. Sie predigen Abschottung, Konfrontation und den Umbruch der Gesellschaft. Für den früheren

CDU-Funktionär Gauland ist die rechtspopulistische AfD das Experimentierfeld, für die belgische Politologin Mouffe die linkpopulistische Bewegung Podemos in Spanien. Beide setzen die inzwischen in der Politikwissenschaft weitgehend anerkannte Definition in die Tat um, die Populismus als Gegensatz eines aufrechten „Volkes“ und eines korrupten „Establishments“ beschreibt. Gauland stellt allerdings klar, dass es ihm gar nicht darum geht, für das gesamte Volk zu sprechen.¹ Populismus bedeutet Inklusion und Teilhabe nur für einige, für andere Ausgrenzung aus einer vordefinierten Gemeinschaft.

Es **GIBT** sowohl links- wie rechtsgerichteten Populismus.

Populismus mit Ausgrenzung
zu bekämpfen, ist keine
wirksame Lösung. Es braucht
Ursachenforschung und vor
allem Aufklärung.



Sowohl Gauland als auch Mouffe nennen diese Gemeinschaft „Volk“. Doch kaum ein Begriff ist so unbestimmt wie dieser. Während man ihn rechtsaußen zum Teil ethnisch-kulturell füllt und eine innere Homogenität anstrebt, lässt Mouffe kulturelle Binnenpluralität zu. „Volk“ ist für sie eine eher technische „Konstruktion [...] eines kollektiven Willens, die eine neue hegemoniale Formation hervorbringen kann“², eine Gegenmacht gegen die unterstellte Vorherrschaft des „Neoliberalismus“. Analytisch ertragreicher ist es, anstatt die ungenügend konturierte Volkswokabel zu bemühen, von der Vorstellung oder Verwirklichung einer Wir-Identität zu sprechen, der ein gemeinsamer Wille zugemessen wird. Die rechtspopulistischen Regierungen in Polen und Ungarn zeigen ebenso wie die linkspopulistischen in Venezuela und Bolivien, dass sie einer solchen, unterschiedliche Interessen einebnenden Identität nur mit Meinungsregulierung und Beschränkung der Rechtsstaatlichkeit näherkommen, ohne sie zu erreichen. „Am Ende scheitert jeder populistische Konstitutionalismus damit, das eigene demokratische Versprechen einzulösen.“³

Vollstrecker der Demokratie?

Manche Forderungen der AfD – unter anderem für mehr direkte Demokratie – legen den unerschütterlichen Glauben an einen bestimmten Willen des „Volkes“ (als dessen alleiniger Vollstrecker sie sich sieht) an den Tag. Andernfalls könnte die Partei kaum mit breiter Brust behaupten, Verfassungsänderungen durch Plebiszite schoben „der Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere nationale Institutionen über die Köpfe der Bürger hinweg“ einen Riegel vor. Die populistische Stoßrichtung ein-

schlägiger Initiativen ist offenkundig. Am „Schalthebel der staatlichen Macht“ sitze ein politisches Kartell, behauptet die AfD. „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“⁴

Besonders in den Positionen des radikalen „Flügels“, einer formal aufgelösten, gleichwohl einflussreichen Gruppierung in der Partei, wird der Übergang des Populismus zur Demokratiefeindschaft deutlich: „Und nachdem wir die finanziellen Futtertröge der Parteien ausgetrocknet haben, nachdem wir unser Volk wieder mit der Demokratie versöhnt haben [und] auch zu nationalen Fragen zu den Wahlurnen bitten mittels Volksentscheiden, nachdem wir die Bestenauslese wieder sichergestellt haben, danach müssten wir wieder einen Politikertypus installieren, für den vor allem eins im Mittelpunkt steht: [...] der Dienst für Volk und Vaterland.“⁵ Das Zitat entstammt einer Rede des führenden Flügel-Vertreters Björn Höcke, den offenkundig weit mehr umtreibt als die Verwirklichung eines angeblichen Volkswillens. Der Vision der von einem einmaligen Plebiszit bestätigten „Bestenauslese“ hingen schon Vertreter der Konservativen Revolution an, eine die Neue Rechte nach 1945 befruchtende rechtsextremistische Denkströmung der Zwischenkriegszeit. Die damaligen

Der ÜBERGANG zur Demokratiefeindschaft zeigt sich vor allem bei den radikalen Abspaltungen und Strömungen.

Protagonisten sprachen der repräsentativen Demokratie ab, „Eliten hervorzu- bringen“, und träumten von einer „Ver- bindung aus charismatischer Herrschaft und plebiszitärer Legitimation“⁶.

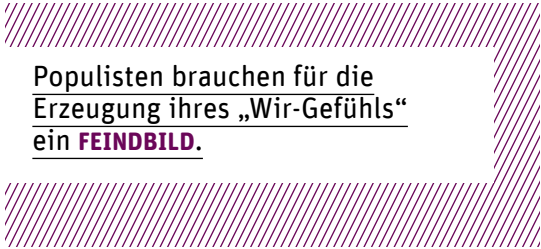
Feindbild Liberalismus

Die populistische Wir-Identität entsteht nicht von selbst, etwa, weil sich mehrere Menschen zu etwas zugehörig fühlen, sondern sie gewinnt erst durch die Kon- struktion eines Feindbildes Kontur. Das „Establishment“ ist nichts anderes als eine unter mehreren populistischen Chiffren angeblicher Bedrohungen. Als alternative Codes fungieren „Neoliberalismus“, „Multikulturalismus“, „Tiefer Staat“, „Meinungsdiktatur“, „Transhu- manismus“, „Finanzoligarchie“ oder „Patriarchat“. Diese vielfältigen Projek- tionen verschmelzen und totalisieren Populisten zu einem angeblich mächtigen Gegner. Die antidemokratischen Motive sind offenkundig. Ein freiheitliches System delegitimiert die rechte Seite als „Demokratatur“, die linke als „Kapi- talherrschaft“. Gemeinsam ist beiden die Gegnerschaft zum Liberalismus. Dem Rechtspopulismus galt und gilt ge- sellschaftliche Freiheit, Pluralismus und Individualismus im Kern als Mittel der Zersetzung und Zerstörung der Wir- Identität. Demgegenüber setzt die linke Variante Liberalismus mit einer „herr- schenden“ Ideologie der Ausbeuter und Unterdrücker gleich.

Um sich selbst als „wahre Volksver- treter“ glaubhaft zu machen, koppeln Populisten die Demokratie vom Libera- lismus ab. Zu diesem Zweck bietet der negativ besetzte, enge und oft unspezifi- sche Begriff des Neoliberalismus, ver- breitet mit ungezügelter Kapitalismus identifiziert, ein probates Mittel, Libera- lismus als Gesellschaftsideal und als

Verfassungsprinzip zu diskreditieren. Kritik am Neoliberalismus erfährt brei- ten Zuspruch und verspricht populistischer Propaganda fette Beute auch in der Mitte der Gesellschaft.

Historisch gesehen gingen Liberalis- mus und Demokratie in der Tat getrennte Wege, bevor sie im modernen Verfas- sungsstaat zusammenfanden. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete der Liberalismus eine „rechte“, eher konservative Strömung, die, auch aus dem Kalkül der Besitzstandwahr- ung und -mehrung heraus, Freiheiten



**Populisten brauchen für die
Erzeugung ihres „Wir-Gefühls“
ein FEINDBILD.**

des Bürgertums einforderte und nicht zuletzt deshalb in Deutschland maßgeb- lich zur Bildung eines geeinten Natio- nalstaats beitrug, allerdings nicht in völkisch-romantischem, sondern in konstitutionellem Sinne.⁷ Demgegen- über wurde die konkurrierende demo- kratische Idee von einer „linken“, oft re- volutionären Bewegung zugunsten einer Ausdehnung der Mitbestimmung durch das Volk getragen.

Chantal Mouffe hält das Ineinander- fließen beider Ideen für „kontingent“. Das heißt, ihrer Meinung nach hätte es auch anders kommen können oder bes- ser sollen. „Die Erkenntnis, dass die In- stitutionen der liberalen Demokratie mit ihrem speziellen menschenrechtlichen Vokabular [...] das Ergebnis [...] einer

historischen Artikulation in einem ganz bestimmten kulturellen Kontext sind, sollte uns unmissverständlich vor Augen führen, dass es keinen Grund gibt, diese Institutionen als notwendige Vorbedingung für Demokratie darzustellen.“⁸ Mouffe dividiert auseinander, was als System wechselseitiger Sicherungen funktioniert. Wenn Jan-Werner Müller schreibt, die „Antwort auf die Defizite des Liberalismus ist die Demokratie“⁹, gilt das auch umgekehrt: Der Liberalismus als elementarer Wert des Rechtsstaats schützt Minderheiten vor der „Tyrannei der Mehrheit“ (Alexis de Tocqueville) und den Einzelnen vor der Macht der Kollektive (und des Staates). Das ist Populisten, die Volkssouveränität zur Festschreibung eines nicht revidierbaren, einheitlichen Willens missbrauchen wollen, ein Dorn im Auge.

Partikularismus contra Universalismus

Rechtspopulisten werfen ihren Gegnern „Hypermoralität“ vor und haben damit leichtes Spiel. Debatten um ethisch schwierige Fragen wie Abtreibung, militärische Friedenseinsätze oder Tierschutz werden oft mit moralischen Argumenten ausgefochten und entziehen sich damit einer sachlichen Diskussion. Wer die Moral hinter sich weiß, kann sich leicht über sein Gegenüber erheben. Die AfD hat diese Zusammenhänge gut erkannt. Sie eröffnen ihr die Möglichkeit, die Agitation gegen „Gesinnungsmainstream“, „Meinungsdiktatur“ oder „Rot-grüne-Bevormundung“ zu untermauern. Doch der Partei geht es nur vordergründig um die Rettung eines freien gesellschaftlichen Diskurses. Sie ist vielmehr darauf aus, universell gültige Werte auf diese Weise als „Tyrannei“ eines gegnerischen ideologischen Lagers hin-

zustellen. Es fällt auf, dass das Grundsatzzprogramm der Partei zu Menschenrechten schweigt, abgesehen von zwei Forderungen: Abtreibungen dürften nicht Menschenrecht werden und „Menschenrechte und unsere Werte“ sollten der „Religionsausübung“ Schranken setzen. Hier wird eine bezeichnende Trennung vorgenommen: „Unsere Werte“ sind offenkundig etwas Anderes als allgemein gültige Menschenrechte.

Universalismus und Kosmopolitismus bekämpfen Populisten mit der Kultivierung abgeschotteter (Opfer-)Identitäten und riskieren dadurch bewusst oder unbewusst den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bedienen sich ideologischer Filtrate der Neuen Rechten bzw. der postmarxistischen Linken. Die „Strategie“ des Partikularismus liegt im Trend neuer Formen der Radikalisierung, wobei beide Seiten die jeweiligen Identitäten ganz unterschiedlich formen. Rechtsaußen wird die ethnisch-kulturelle Herkunft zum Kriterium der Zugehörigkeit und der als „deutsch“ definierte Teil der Bevölkerung zum Opfer eines imaginierten universellen Plans zum „Austausch“ der „Angestammten“. Demgegenüber „kämpfen Teile der revolutionären Linken bevorzugt um Sonderrechte kleinster Minderheiten. Dabei geht es nicht um das Ende ihrer Diskriminierung, sondern [ebenfalls] um [...] die Tribalisierung der Gesellschaft.“¹⁰ Sowohl links- als auch rechtspopulisti-

Als Strategie wird auf
PARTIKULARISMUS gesetzt.

sche Identitätsfixierungen – wobei sich nicht die Frage stellt, wohin man gehören will, sondern wohin man gehören soll – sind anfällig für extremistische Ideologisierungen. Weil sie nur durch möglichst scharfe Ab- und Ausgrenzung existieren können, wohnt ihnen das Moment der Ungleichwertigkeit der Menschen inne.

„Europa der Vaterländer“

Nach einer sehr langen Zeit populistischer Strohfeuer reiht sich Deutschland mit der AfD in Philip Manows Schematisierung einschlägiger Parteien in Europa ein. Manow stellt Rechtspopulismus in den Wohlfahrtsstaaten des Nordens als Reaktion auf die Migration in die Sozialsysteme dar, während in den südlichen Ländern Linkspopulisten Protektionismus gegen freien Warenimport propagierten. In Italien (Süd) und Frankreich (Nord) ist die Links-Rechts-Differenz weniger ausgeprägt, weil jeweils zwei populistische Parteien unterschiedlicher Richtung miteinander konkurrieren: dort Lega Nord und Cinque Stelle, hier Rassemblement National und La France Insoumise. „Der gemeinsame Nenner von Europas rechten wie linken Populisten ist [...] ihre ausgeprägte Integrationskepsis.“¹¹ Manow bezieht sich auf die europäische Integration, während er zu Recht kulturelle „Überfremdung“ oder Globalisierung als allgemein gültige Gründe für das Aufkommen des Populismus zurückweist.

Sowohl bei linken als auch bei rechten populistischen Parteien drücken sich die Abwehrreaktionen gegenüber transnationalen Mächten wie der EU in entschiedenen Forderungen nach Stärkung nationalstaatlicher Souveränität aus. Im Europawahlkampf ging die AfD dabei weit über die verbreitete Kritik an

Verfahren und Kompetenzen der EU hinaus, sie bestritt vielmehr die Legitimität der Union gleich doppelt. Erstens stellte sie deren demokratische Grundlagen in Frage: „Die politische Führung der großen EU-Länder will dieses Projekt [...] gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen.“¹² Die Union solle in einem „Europa der Vaterländer“ auf eine „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten“¹³ reduziert werden und jede Gesetz-



Sowohl Links- als auch Rechts-
populisten sind GEGEN die EU.

gebungskompetenz verlieren. Zweitens – und dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die ideologischen Prämissen der AfD – delegitimiert sie die EU, indem sie sie als „quasistaatlich“ bezeichnet und ihr staatliche Qualitäten rundweg abspricht: „Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität“. Das heißt, die AfD erhebt, unbeschadet der Tatsache, dass ein regionales Zugehörigkeitsempfinden ein europäisches keineswegs ausschließen muss, „kulturelle Identität“ zum Kriterium der Staatlichkeit.

Der Rückbau der EU in einen eher losen Verbund souveräner Einzelstaaten ist kein exklusiver Ausweis des Rechtspopulismus. Wer die einschlägigen Dokumente der Europäischen Linken (EL) Revue passieren lässt, erkennt

über die Jahre hinweg „eine stärkere Gewichtung souveränistischer Positionen“¹⁴. Nachdem 2015 das überschuldete Griechenland die Forderungen der Eurogruppe akzeptiert und im Jahr darauf die Briten für Brexit gestimmt hatten, was zwar kritisiert, aber als Ausdruck antikapitalistischen Protests gewürdigt wurde, plädierte die EL „für einen Sozialvertrag zwischen den souveränen und solidarischen Völkern Europas. Europa muss zu einer Union der Nationen und Völker werden, deren Souveränität respektiert wird“¹⁵. Auch der sogenannte „Plan B für Europa“, den der frühere Chef der Linken, Oskar Lafontaine, 2015 unter anderem mit Griechenlands Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis und Jean-Luc Mélenchon, später Gründer der linkspopulistischen Partei La France Insoumise, formulierte, zielte gar auf die vollständige Zerschlagung der EU: „Wir sind entschlossen, mit diesem Europa zu brechen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern und Ländern auf neuer Basis wiederaufzurichten.“¹⁶ „Zusammenarbeit“ heißt: An Stelle der EU soll keine neue Union mit festen Strukturen entstehen. Das entspricht der rechtspopulistischen Vorstellung eines „Europas der Vaterländer“ eins zu eins, wenn gleich auf anderer ideologischer Basis.

Die Fallstricke des Populismus

Vielfach wird Populismus als Ausdruck einer Repräsentationskrise der Demokratie gedeutet. Was als Symptom ernst genommen werden sollte, hilft als Therapie freilich wenig. Populismus kann nicht bei der Kultivierung des Unmuts und des Protests stehen bleiben. Er muss, um ernstgenommen zu werden und dauerhaften Bestand zu haben, eine

Machtperspektive eröffnen und die Frage beantworten: Wie soll die Gesellschaft der Zukunft aussehen? Das Angebot radikaler Strategien von links wie von rechts kommt Populisten wie gerufen und befriedigt obendrein die vielzitierte Nachfrage nach einfachen Lösungen. Damit wird Populismus nicht zum Reparaturbetrieb für freiheitliche Demokratien, sondern ihr Totengräber. Wer in Liaison mit radikalen Entwürfen (vermeintliche) Defizite der Repräsentation des Volks beheben will, bekommt möglicherweise eine Gesellschaft, in der sich die Frage der Repräsentation gar nicht mehr stellt, weil das Volk entmündigt ist. Wir müssen lernen, mit dem Populismus zu leben, denn er gehört zu einem freiheitlichen Gemeinwesen, ist Teil demokratischer Auseinandersetzung und Selbstverständigung. Gefährlich wird er dann, wenn Demokraten die Logik der Eskalation und Konfrontation mitmachen. Auf diese Weise tragen sie selbst zur Radikalisierung des Populismus bei.

Es Populisten mit gleicher Münze der Ausgrenzung heimzuzahlen, kann für Demokraten keine Lösung sein. Parteien wie die AfD profitieren immens von denjenigen, die glauben, an der Nase herumgeführt zu werden, die den Eindruck nicht loswerden, andere entschieden über ihre Belange, die „sich in ihrer Meinung stigmatisiert und ent-

Populisten **PROFITIEREN** von den Menschen, die glauben, an der Nase herumgeführt zu werden.

fremdet wahrnehmen“.¹⁷ Dieses große Potenzial traut den Nachrichten der großen Medien nicht mehr und noch weniger dem Staat oder der Demokratie. Es baut Parallelwelten auf, taucht in Verschwörungstheorien ein und entledigt sich auf diese Weise der Werte der Demokratie. Die Populisten holen diese Menschen ab, weil Anti-Populisten sie oft allein lassen. Wer die nicht ökonomisch oder materiell, aber gesellschaftlich abgehängten Wähler rechtspopulistischer Parteien pauschal in die „Nazi“-Ecke abschiebt, macht es sich bequem. Aber er grenzt ebenfalls aus und trägt nichts zur Problemanalyse und Ursachenforschung bei. ///



/// DR. JÜRGEN P. LANG

ist Politikwissenschaftler und forscht zu Extremismus, Populismus und Ideengeschichte, München.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Gauland, Alexander: Populismus und Demokratie, in: Nation, Populismus, Nachhaltigkeit. Drei Vorträge, herausgegeben von Alexander Gauland, Schnellroda 2019, S. 30
- ² Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus, Frankfurt am Main 2018, S. 57.
- ³ Blokker, Paul: Populism as a Constitutional Project, Manuskript, 8.11.2018, S. 1.
- ⁴ Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin 2016, S. 15.
- ⁵ Höcke, Björn: Rede am 22.12.2014 in Stuttgart, youtu.be/YhYCrQR-xBI, 25:08.
- ⁶ Weißmann, Karlheinz: Elite, in: Lexikon des Konservatismus, hrsg. von Caspar von Schrenck-Notzing, Graz/Stuttgart 1996, S. 154.
- ⁷ Vgl. Gall, Lothar: Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze, München 1996, S. 190-202.
- ⁸ Mouffe, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken, Berlin 2014, S. 66.
- ⁹ Müller, Jan-Werner: Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus, Berlin 2019, S. 102.
- ¹⁰ Van Hüllen, Rudolf: „Vergesst die Aufklärung!“ Ideologische Umbrüche im revolutionären Linksextremismus, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 31, 2019, S. 72.
- ¹¹ Manow, Philip: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018, S. 131.
- ¹² Programm für Deutschland, S. 32 f.
- ¹³ AfD: Programm für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019, Berlin 2019, S. 11, das folgende Zitat S. 9.
- ¹⁴ Hildebrandt, Cornelia: Zur parteipolitischen Linken in Europa, in: Europe – what’s left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung, hrsg. von Mario Candeias und Alex Demirović, Münster 2017, S. 243.
- ¹⁵ Politisches Dokument des EL-Kongresses: Europa neu gründen. Neue progressive Bündnisse schaffen, Manuskript o. D., 2015.
- ¹⁶ Lafontaine, Oskar/Varoufakis, Yanis/Konstantopoulou, Zoe/Mélenchon, Jean-Luc/Fassina, Stefano: Ein Plan B für Europa, Manuskript, 12.9.2015.
- ¹⁷ Friess, Hans-Jürgen/Neu, Viola: Die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet, Sankt Augustin/Berlin 2018, S. 38.